

DISKUSSIONSPAPIERE

Dieter Weiss

Zur ökonomischen Transformation
der ehemaligen COMECON-Länder

Herausgegeben von
Marin Trenk und Dieter Weiss

Freie Universität Berlin,
Fachbereich Wirtschaftswissenschaft,
Fachgebiet Volkswirtschaft des Vorderen Orients

17

Dieter Weiss

ZUR ÖKONOMISCHEN TRANSFORMATION
DER EHEMALIGEN COMECON-LÄNDER

Berlin 1992

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Weiss, Dieter:

Zur ökonomischen Transformation der ehemaligen Comecon-Länder / Dieter Weiss. - Berlin : Das Arab. Buch, 1992

(Diskussionspapiere / Freie Universität Berlin, Fachbereich
Wirtschaftswissenschaft, Fachgebiet Volkswirtschaft des Vorderen
Orients ; 17)

ISBN 3-86093-007-9

NE: Universität <Berlin, Freie Universität> / Fachgebiet
Volkswirtschaft des Vorderen Orients: Diskussionspapiere

Inhalt

1.	Einführung.....	1
2.	Zur Situation in Osteuropa.....	2
2.1.	Ungarn.....	2
2.2.	Polen.....	4
2.3.	CSFR.....	6
2.4.	Balkanländer.....	7
2.5.	GUS.....	8
3.	Exkurs zur Theorie der Transformation von Wirtschaftssystemen.....	9
4.	Der Sonderfall der ehemaligen DDR.....	14
4.1.	Die Rolle der Treuhandanstalt.....	14
4.2.	Bisherige Erfahrungen.....	15
4.3.	Ansatzpunkte einer vorläufigen Wertung.....	18
5.	Einige Folgerungen für Europa.....	19
	Literatur.....	22

1. Einführung

Der Universität Palermo, dem Istituto Gramsci und dem Goethe-Institut möchte ich für die Möglichkeit danken, mit Ihnen Perspektiven des zukünftigen Europa zu diskutieren und dazu einige Erfahrungen zur wirtschaftlichen Reformproblematik in Osteuropa und Ostdeutschland einzubringen. Was alle Beobachter überrascht hat, war das Tempo und die Dramatik des Zusammenbruchs bis hin zur Auflösung elementarer Staatlichkeit. Es bewahrheitet sich die alte Einsicht, daß Wandel als Krise erlebt wird, wenn alte Strukturen sich den unabweislichen Forderungen des Neuen verschließen. Die Intensität der Transformationskrisen signalisiert das Ausmaß des zurückgestauten Wandlungsbedarfes.

Ein Ende der Krise ist zeitlich nicht prognostizierbar. In einer Reihe von Ländern befinden wir uns noch vor dem Talpunkt der Transformation, etwa ausgedrückt in Arbeitslosigkeit, Produktionsrückgang und Einkommensenkungen. Dies gilt insbesondere für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und in abgeschwächter Weise für Polen, Ungarn und die CSFR. Dazwischen sind die Balkanländer einzuordnen, mit zögernden Reformschritten in Rumänien und Bulgarien. Der Zerfall Jugoslawiens schreitet fort. Für alle Länder gilt, daß der Sonderfall der ehemaligen DDR nicht übertragbar ist, nämlich das Aufgefangenwerden im umfassenden wirtschaftlichen und sozialen Netz einer erweiterten Solidargemeinschaft, die bereit und wirtschaftlich in der Lage ist, die gewaltigen Anpassungskosten zu finanzieren.

Überall geht es um die Finanzierung eines Arbeitskräftefreisetzungsprozesses in der Größenordnung von mindestens 50 % der Beschäftigten, sodann um Investitionen in Infrastruktur und industriellen Anlagen, um diese auf den Stand der internationalen Technik und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu bringen, und schließlich um die Aufarbeitung der vielfach noch unabsehbaren ökologischen Folgelasten, die - etwa über die Verseuchung von Trinkwasser - die Überlebensfähigkeit ganzer Regionen in Frage stellen.

2. Zur Situation in Osteuropa

Führend im Prozeß der wirtschaftlichen Umgestaltung sind Ungarn und Polen. Beide haben den Prozeß der marktwirtschaftlichen Erneuerung am frühesten begonnen und am entschlossensten vorangetrieben, während die CSFR erst 1991 durchgreifendere Reformen eingeleitet hat.¹

2.1. Ungarn

In Ungarn wurde Gewerbefreiheit zugelassen, ein zweistufiges Bankensystem (bestehend aus Geschäftsbanken und Zentralbank) eingeführt, das Steuersystem den Anforderungen einer Marktwirtschaft angepaßt mit einer Mehrwertsteuer, einer Einkommensteuer und einer Steuer auf Unternehmensgewinne. Die Privatisierung der volkseigenen Betriebe hat begonnen, zunächst im Bereich der kleinen Einheiten wie Tankstellen, Restaurants etc. Nach einigen innenpolitischen Widerständen gegen einen nationalen "Ausverkauf", teilweise über die Wiener Börse, ist man auch an die Privatisierung der großen volkseigenen Betriebe herangegangen. Dabei gilt das Prinzip: Die Entschädigung der früheren Eigentümer hat Vorrang vor Rückgabe. Die meisten Preise wurden freigegeben, das ehemalige staatliche Preisamt zu einer Wettbewerbsbehörde umfunktioniert. Das staatliche Außenhandelsmonopol wurde abgeschafft, die meisten Einfuhren liberalisiert. Ungarische Bürger dürfen in eingeschränktem Maße Devisen besitzen, und ab 1994 ist die volle Konvertibilität des ungarischen Forint vorgesehen.

Dennoch bleibt der Transformationsprozeß zähflüssig, was um so schwerer wiegt, als er auf eine fast 25jährige Geschichte zurückblicken kann.² Die Situation blieb bis Ende der 80er Jahre unbefriedigend. Häufige Veränderungen des institutionellen Regelungssystems schufen Unsicherheiten, statt die dringend benötigte neue Verlässlichkeit der Rahmenbedingungen auf den Weg zu bringen. Eine wirkliche Marktorientierung in den weitgehend monopolistischen Staatsunternehmen kam nicht zustande. In diesem zähflüssigen Prozeß erschöpften sich die

¹ Vgl. im folgenden Donges, Engels, Hamm, Möschel, Sievert (1992), S. 20 f. Weiss (1989), S. 37 f.

² Short (1990), S. 23 f.

Hoffnungen der Bevölkerung, ihre Opferbereitschaft und die noch mobilisierbaren Überlebensressourcen.

Die Parteien streiten über das richtige Reformtempo. Angesichts öffentlicher Proteststreiks neigt die Regierung zu einem behutsamen Vorgehen. Die Oppositionsparteien wollen eine schnellere Privatisierung der Staatsunternehmen. Korruptionsfälle lösten Empörung in der politischen Öffentlichkeit aus; so verkauften Manager Betriebe ohne öffentliche Ausschreibung zu niedrigen Preisen an sich selbst oder gegen Provisionen an Ausländer. Die Privatisierung findet jetzt durch freihändigen Verkauf unter Aufsicht unabhängiger Wirtschaftsprüfungsgesellschaften statt. Teilweise sollen Betriebe mehrheitlich in Staatseigentum verbleiben bzw. nur teilweise privatisiert werden. Tatsächlich hat die dafür zuständige staatliche Vermögensagentur bisher nur wenige Staatsunternehmen teilprivatisiert.

Der seit Jahren anhaltende Verfall läßt den politischen Konsensus erodieren. 1990 und 1991 sank das Bruttosozialprodukt um je 5 %; die Arbeitslosigkeit liegt bei 15 %. Die Inflation stieg in den letzten beiden Jahren von 29 auf 40 %. Dazu trugen wesentlich die Defizite im Staatshaushalt bei. Diese stammen zu erheblichen Teilen aus den Verlusten der Staatsunternehmen und werden durch die Notenpresse der ungarischen Nationalbank abgedeckt.

Die daraus resultierende hohe Inflationsrate behindert auch die Finanzierungsmöglichkeiten im Ausland. Ungarn ist in konvertibler Währung mit rund 20 Mrd US\$ verschuldet. Der Schuldendienst nimmt die Hälfte der Exporterlöse in konvertibler Währung in Anspruch. Zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Exporte und zur Heranziehung von ausländischem Kapital wurde der Forint mehrfach abgewertet. Ohne eine durchgreifende Stabilisierung ist keine kohärente Reformpolitik möglich. Die Regierung scheut jedoch entschiedene Maßnahmen, weil sich daraus ein genereller Widerstand gegen die Reformpolitik entwickeln könnte.

2.2. Polen

Anders als Ungarn hat Polen den Reformprozeß mit einem rigorosen Stabilisierungsprogramm eingeleitet, nachdem die Inflation im ersten Halbjahr 1989 2000 %, im Gesamtjahr 1989 600 % betragen hatte. Es ging auch hier um Abbau der Haushaltsdefizite und Begrenzung des Geldmengenwachstums. Beides gelang zunächst, allerdings erkauft mit einem Rückgang des Sozialprodukts um 12 % im Jahre 1990 und um weitere 8 % im Jahre 1991.

Der Anteil des privaten Sektors am Brutto-Inlandsprodukt erreichte Ende 1991 bereits 45 % - drei Jahre zuvor waren es erst 25 %. Indessen entfallen vier Fünftel der Industrieproduktion immer noch auf Staatsbetriebe. Die meisten von ihnen sind zahlungsunfähig und konkursgefährdet. Sie stunden sich gegenseitig uneinbringliche Forderungen, kommen ihren Steuerverpflichtungen nicht nach und sind nur infolge staatlicher Subventionen in der Lage, Löhne weiterzuzahlen.

Daraus erwachsen erneute Budgetdefizite und eine Inflationsrate von 90 % im Jahr 1991, die ihrerseits die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gefährdet und ausländisches Privatkapital abschreckt. Der Sloty wurde 1990 um 46 %, 1991 um weitere 17 % abgewertet. Gegenüber 1989 sank die Beschäftigung um 2,1 Mio; die Arbeitslosenquote beträgt 12 %. Die Investitionen schrumpften 1990 im dritten Jahr hintereinander. Die Schocktherapie absorbierte politische Kräfte, die für andere Reformfelder nicht mehr zur Verfügung stehen. Im März 1992 kam es zu einem Rückschlag. Der Haushaltsentwurf wurde im Parlament durch die Regierungsparteien angesichts der sozialen Kosten des Reformprogramms abgelehnt: die Politik des knappen Geldes - so die Kritik - ruiniere die Staatsbetriebe, die dann zu Spottpreisen von ausländischen Investoren aufgekauft werden könnten.

Bereits im September 1991 hatte der IWF Kreditauszahlungen ausgesetzt, weil die mit der polnischen Regierung vereinbarte Inflationsrate und die Höhe des Haushaltsdefizits überschritten wurden. Der IWF befürchtet für 1992 eine dreistellige Inflationsrate.

Zu den bisherigen Erfolgen gehört die Einführung der Gewerbe-freiheit. Ein zweistufiges Bankensystem wird entwickelt. Es gibt rudimentäre Formen eines Kapitalmarktes. Preise und Außenhandel sind nahezu vollständig freigegeben. Indessen ist die Steuerreform mit der Einführung von Einkommen- und Körperschaftssteuer noch nicht abgeschlossen. Insbesondere hat die Privatisierung der rund 8.000 Staatsbetriebe bislang kaum begonnen.

Die Reformkommunisten leisten Widerstand. Sie wollen dem staatlichen Eigentum auch in einer Marktwirtschaft die Schlüsselrolle vorbehalten. Die seit Dezember 1991 regierende Koalition von Christdemokraten und Bauernpartei lehnt das mit dem IWF vereinbarte Reformprogramm ab. Die am weitesten rechts stehende Oppositionspartei "Konföderation für ein Unabhängiges Polen" betrachtet das Reformprogramm als Kapitulation vor der "ausländischen Hochfinanz". Die katholische Kirche ist gegen eine Reichtumskonzentration in wenigen Händen. Die Gewerkschaften fordern eine Überführung der Betriebe in das Eigentum ihrer Belegschaften.

Nunmehr sollen den Arbeitnehmern 20 % der Aktien des jeweili-gen Betriebes zu Vorzugskonditionen angeboten werden. Auslän-der benötigen beim Erwerb von mehr als 10 % der Anteile eine staatliche Genehmigung. Die Bürger erhalten Gutscheine zum Erwerb von Beteiligungen an sog. Nationalen Fonds zur Vermögensverwaltung, die 60 % des Kapitals ausgewählter Staatsbetriebe übernehmen sollen. Die Privatisierung soll behutsam betrieben werden und innerhalb der nächsten drei Jahre nur etwa die Hälfte der Staatswirtschaft erfassen, um die Zahl der Arbeitslosen nicht explodieren zu lassen. Die ersten freien Parlamentswahlen vom Oktober 1991 haben keine klare Mehrheiten erbracht. Die Realeinkommen sind 1990 und 1991 deutlich gefallen. Es besteht die Gefahr, daß die innenpolitische Unterstützung für den Reformkurs abbröckelt.

2.3. CSFR

Auch in der CSFR besteht inzwischen Übereinstimmung über den Übergang zur Marktwirtschaft.³ Umstritten ist die Geschwindigkeit.⁴ Das Sozialprodukt sank real 1990 um 0,4 %, 1991 um 16 %. Der Verbrauch der Bevölkerung sank real um 33 %, die Investitionen gingen um 36 % zurück, die Industrieproduktion um 21 %.⁵ Die radikalen Reformer wollen eine rasche Transformation über eine strenge Budget- und Geldmengenpolitik absichern. Die Inflation betrug 1990 10 %, 1991 35 %. Die Arbeitslosigkeit liegt derzeit bei 7 % (Slowakei 12 %, Tschechische Republik 3 %).

In anderen politischen Lagern fürchtet man eine Gefährdung des gesamten Reformwerks durch ein zu hohes Tempo. Die Betriebe - so wird argumentiert - seien nach vier Jahrzehnten Planwirtschaft einem raschen Systemwechsel nicht gewachsen und konkursgefährdet, mit der möglichen Folge von Massenarbeitslosigkeit wie in der ehemaligen DDR. Hinzu kommt die Notwendigkeit, auf die unterschiedlichen Interessen von Tschechen und Slowaken in den beiden Teilrepubliken Rücksicht nehmen zu müssen. Soziale Konflikte könnten nationalistische Unruhen auslösen. Das jugoslawische Beispiel schreckt.

Kernelemente der tschechoslowakischen Reformpolitik sind Preisreform, Privatisierung der 4500 Staatsbetriebe und Budgetkonsolidierung. In- und ausländische Investoren sind rechtlich gleichgestellt, allerdings beliefen sich die ausländischen Direktinvestitionen 1991 nur auf 0,6 Mrd US\$. Anfang 1991 wurden die meisten Preise freigegeben mit der Folge einer Anpassungsinflation. Vorab war die Krone zweimal um insgesamt 65 % abgewertet worden. Die Inländer-Konvertibilität für geschäftliche Transaktionen wurde eingeführt. Eine rigide Finanzpolitik hat dafür gesorgt, daß der Staatshaushalt ausgeglichen ist. Die Auslandsverschuldung beträgt nur rund 8 Mrd US\$.

³ Vgl. Svejnar (1990-91), S. 9 f. Dyba, Svejnar, (1991), S. 185 f. Der Anteil der Wahlberechtigten, die im Reformprogramm ein "Diktat ausländischen Kapitals" sehen und die Marktwirtschaft ablehnen, wird auf 10 - 15 % geschätzt.

⁴ Kosta (1991), S. 240 f.

⁵ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1992), S. 281.

Die Privatisierung kommt erst langsam in Gang. Zunächst wurde die sog. "kleine" Privatisierung mit einer Versteigerung von Kleingewerbe- und Gastronomiebetrieben an die Bevölkerung in Angriff genommen. Die staatlichen Großbetriebe sollen teilweise den Beschäftigten in Form von Gratisaktien zufallen. Ähnlich wie in Polen ist ein Gutschein-System in Kombination mit Investitionsfonds vorgesehen.

2.4. Balkanländer

Jugoslawien hatte sich ebenfalls für den Weg in die Marktwirtschaft entschieden. Nach der Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens und dem folgenden Krieg ist die Staatsform zerbrochen. 14.000 UN-"Blauhelme" versuchen Schlimmeres zu verhüten.⁶ Bulgarien und Rumänien suchen einen marktwirtschaftlichen Weg, ohne daß bislang klare Politikkonzepte vorliegen.

Bulgarien hat kürzlich eine Strategie-Studie erbeten, die von der EG finanziert werden soll. Alle wesentlichen wirtschaftspolitischen Entscheidungen sind noch offen. Extrem schwierig ist die Situation der bulgarischen Staatsbetriebe nach dem Ausfall der ehemals sowjetischen Märkte. Die Reformagenda enthält Preisreformen, den Abbau der Staatssubventionen, die Beseitigung der Verzerrungen in der Produktionsstruktur, den Wiederaufbau der Infrastruktur, die Herstellung internationaler Kreditwürdigkeit nach der rumänischen Einstellung der Schuldenbedienung, den Aufbau interner Kapitalmärkte und die Angleichung an EG-Umweltstandards.

Der Schritt in die Privatisierung soll beschleunigt werden durch Demonopolisierung und Aufbrechen großer Staatsbetriebe in kleinere Einheiten, durch Dezentralisierung und durch Managementreformen. Von zentraler Bedeutung ist die Eroberung neuer internationaler Märkte nach dem Kollaps des RGW. Somit geht es darum, den bulgarischen Industriesektor zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu führen, der im Rahmen der früheren Arbeitsteilung im RGW neben konventionellen Industrieprodukten Schwerpunkte im Bereich von Investitionsgütern,

⁶ Vgl. Hummer, Hipold, (1992), S. 88f.

Elektrotechnik, Elektronik und Schwerchemie entwickelt hatte.

2.5. GUS

Nach dem Ende der UdSSR ist ungewiß, ob die von den meisten Republiken einschließlich Rußlands noch im Herbst 1991 vereinbarte Wirtschaftsgemeinschaft im Rahmen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten realisiert wird und sich zu einer Wirtschaftsunion mit gemeinsamem Binnenmarkt weiterentwickelt.⁷ 1991 sank das Sozialprodukt um etwa 15 %. Die inflationären Tendenzen könnten auf eine Hyperinflation hinauslaufen. Die steigenden Budgetdefizite werden durch Geldschöpfung der Zentralbank finanziert. Die gemeinsamen Haushaltsdefizite von Unions- und Republikhaushalten beliefen sich 1991 auf rund 320 Mrd Rubel, d.h. ein Viertel des Sozialprodukts. Die Einzelrepubliken fordern wachsende Autonomie und haben unterschiedliche Vorstellungen hinsichtlich der Wirtschaftsreformen.

Der rasche Übergang zur Marktwirtschaft wird zu einem elementaren Überlebensproblem. Nach dem Kollaps der staatlichen Lenkungsstrukturen können nur flächendeckende Selbstorganisationsprozesse die Befriedigung elementarer Grundbedürfnisse bewirken. Nirgendwo aber fehlen so sehr die kulturellen Voraussetzungen einer Marktwirtschaft,⁸ beginnend bei der sozialen Akzeptanz von Einkommensungleichheit als Folge von Leistungsdifferenzen.⁹

Angesichts der fortschreitenden Verarmung breiter Bevölkerungsschichten und wachsen die sozialen Spannungen. Dazu kommt der Sprengstoff ethnisch-religiöser Gemengelagen in Verknüpfung mit dem nationalstaatlichen Nachholbedarf. Es ist nicht auszuschließen, daß jegliche Form vernünftiger Wirtschaftspolitik unmöglich wird und ein ad hoc-Krisenmanagement Platz greift, das ein wachsendes Chaos begleitet.¹⁰

⁷ Vgl. Götz (1992), S. 108 f.

⁸ Vgl. Geiss (1991), S. 699.

⁹ Vgl. dazu Interview Ingold (1992), S. 110-112.

¹⁰ Vgl. Segbers (1991), S. 679 f., Weiss (1990), S. 161.

3. Exkurs zur Theorie der Transformation von Wirtschaftssystemen

Die starren Steuerungskonzepte des real existierenden Sozialismus waren theoretisch überholt und in der Praxis nicht mehr in der Lage, den Anforderungen einer komplexen Weltwirtschaft mit ihrem Innovationstempo gerecht zu werden. Die Folge war technologische Rückständigkeit - selbst im militärischen Bereich -, wirtschaftliche Stagnation und ökologische Zerstörung bis hin zur Unbewohnbarkeit ganzer Landstriche.

Angesichts begrenzter wissenschaftlicher Erfahrungen geraten die Reformbemühungen zur Kunst. Die Umwandlung vormals zentral geplanter Volkswirtschaften erfordert komplexe, in der Wirtschaftsgeschichte bisher unbekannte Eingriffe. Die meisten Länder im Übergang müssen versuchen, gleichzeitig eine neue politische Ordnung zu schaffen. Ungeachtet einer breiten Übereinstimmung über die Notwendigkeit der Transformation gibt es Kontroversen über Umfang, Geschwindigkeit und Schrittfolge. Dabei ergeben sich drei Problemkomplexe:

1. Die Frage nach der Sequenz der Politiken: Können Teilreformen erfolgreich sein, während andere gesamtwirtschaftliche Verzerrungen weiterbestehen?
2. Ist der politische Konsensus für die Reformen angesichts erheblicher sozialer Verwerfungen, insbesondere einer sprunghaft ansteigenden Arbeitslosigkeit tragfähig?
3. Wie schließt man die Know-how-Lücke bezüglich rechtlicher Grundlagen und marktwirtschaftlicher Regelungsmechanismen, beginnend bei der öffentlichen Rechnungslegung der Unternehmen bis hin zu einem funktionsfähigen Steuersystem einschließlich des dafür erforderlichen institutionellen und administrativen Gefüges?

Eine Schule der Reformen¹¹ sieht die Priorität in der raschen Wiederherstellung des Privateigentums, bevor Fragen

¹¹ Vgl. im folgenden World Bank (1991), S. 145 f.

makroökonomischer Stabilität und der Marktentwicklung angegangen werden. Die Begründung dafür ist teilweise politischer Art: Das Risiko erscheint hier geringer, daß die Wirtschaft unter der Kontrolle staatlicher Institutionen verbleibt, und ein größerer Druck für die Weiterführung marktorientierter Reformen erscheint mobilisierbar.

Eine andere Schule will mit der makroökonomischen Umsteuerung, der Währungsreform und der Marktentwicklung beginnen und die Privatisierung - zumindest für die großen Staatsbetriebe - einer zweiten Stufe überlassen, während landwirtschaftliche Bereiche sowie Handel und Wohnungswesen relativ früh privatisiert werden können. Die Überlegung dabei ist, daß eine funktionsfähige privatwirtschaftliche Struktur eine funktionsfähige Währung,¹² Finanzinstitutionen und viele weitere Regelungen benötigt, die in den osteuropäischen Volkswirtschaften im Übergang nicht existieren. Ohne institutionelle Einbettung einschließlich eines funktionierenden Wirtschaftsstrafrechts kann Privatisierung in der Tat zu weit verbreiteter Korruption führen und politisch destabilisierend wirken.

Keine einzige Reformabfolge ist für alle Volkswirtschaften sinnvoll.¹³ Die bisherigen Erfahrungen deuten darauf hin, daß eine sinnvolle Sequenz mit frühen Schritten bei der Stabilisierung der makroökonomischen Situation beginnt, d.h. bei der Währungsreform und beim Zahlungsbilanz- und Budgetausgleich, und dann mit der Deregulierung der Preise in der Binnenwirtschaft und im Außenhandel fortschreitet, um klare Signale für die ökonomischen Akteure, insbesondere die Unternehmen zu setzen.

Diese Schritte sind zu vervollständigen durch eine grundlegende Modernisierung der Unternehmen mit der Einführung betriebswirtschaftlicher Kalküle, der Liberalisierung des Handels, durch Schaffung einer Management-Ausbildung und eines funktionsfähigen Kapitalmarkts.

¹² Vgl. Hölscher, Jacobsen, Tomann (1991), S. 177f.

¹³ Vgl. z.B. Svejnar (1991), S. 25-26. Dhanji (1991), S. 323.

Die Privatisierung großer Staatsunternehmen wäre eine dann folgende Priorität, nachdem kleinere Unternehmen in Privateigentum überführt worden wären. Hinzu käme die Öffnung gegenüber ausländischen Privatinvestitionen.

Zusammenfassend:

- Erste Priorität hat die makroökonomische Stabilisierung von Budget und Zahlungsbilanz und damit verknüpft des Geldwesens.
- Zweite Priorität hat die Reorganisation der Märkte für Güter, Dienste und Produktionsfaktoren, also Arbeit und Kapital.
- Dritte Priorität hat die Veränderung der Eigentumsstruktur der größeren Unternehmen.
- Viertens geht es um die Etablierung einer marktwirtschaftsadäquaten Rechtsordnung, um den Aufbau von Institutionen und die Schaffung eines sozialen Sicherheitsnetzes - alles Aufgaben, die sorgfältig angegangen werden müssen und nicht überstürzt realisiert werden können.

Keine Reform ist möglich ohne schmerzhaftes Anpassungsprozesse. Inflation und Arbeitslosigkeit verschärfen sich üblicherweise in dem Maße, wie Preiskontrollen beseitigt werden und die realen Verluste bisheriger Wirtschaftsaktivitäten offengelegt werden. Die innenpolitische Opposition kann während dieser Umwandlungsprozesse zunehmen. Einkommensdisparitäten werden entstehen, die zwar Anreizwirkungen haben, aber das über Jahre etablierte Postulat sozialer Gleichheit für alle sichtbar in Frage stellen. Wichtig ist die baldige Verfügbarkeit von Konsumgütern, möglichst auch Erfolge im Export.

Für ein volles Reformpaket darf man wohl mindestens eine volle Dekade ansetzen. Die ersten drei Jahre werden erforderlich sein, um die wichtigsten Stabilisierungsaufgaben auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene durchzusetzen, die Preise der meisten Güter freizugeben, Handel und Arbeitsmärkte zu libera-

lisieren, kleine und mittlere Unternehmen zu privatisieren sowie ein rudimentäres soziales Netz zu schaffen, das Überlebenshilfen für die sozial Schwachen bietet. Daran schließt sich eine Phase von mehreren Jahren an, in denen weitergehende Liberalisierungs- und Privatisierungsschritte vollzogen werden und die umfassende rechtliche und administrativ-institutionelle Reform in Angriff genommen wird.¹⁴

Aus den bisherigen Erfahrungen in Osteuropa lassen sich vier Schlußfolgerungen ziehen:¹⁵

1. Wenn hohe Inflation herrscht (auch zurückgestaute) und schwerwiegende makroökonomische Ungleichgewichte in Staatshaushalt, Geldwirtschaft und Außenhandel bestehen, muß ein Anpassungsprogramm hier primär ansetzen.

2. Um ein rasches Güter- und Dienstleistungsangebot seitens der Unternehmen zu initiieren, bedarf es einer Handelsliberalisierung und der Herstellung von Arbeitsmobilität sowie der Möglichkeit sowohl von Firmengründungen als auch von Konkursen unrentabler Unternehmen. Dazu gehören moderne Arbeitsmarktpolitiken und eine Anti-Monopol-Gesetzgebung.

3. Zwar kann der Aufbau eines umfassenden Bankensystems auf spätere Stufen verschoben werden, doch bedarf es einer Mindeststruktur für eine funktionsfähige Kreditversorgung, insbesondere für die Bereitstellung von Umlaufkapital, die auf betriebswirtschaftlichen Kreditrisikoprüfungen basiert. All dies existierte im real existierenden Sozialismus nicht, und eben auch nicht hinsichtlich der Institutionen, des Know-hows, der Mitarbeiter. Im bisherigen System war auch schwer unterscheidbar zwischen unproduktiven Krediten (z.B. für die Hortung von Lagerbeständen) einerseits und unverzichtbarem Umlaufkapital andererseits. Dabei greifen auch keine restriktiven Geldpolitiken westlichen Typs. Letztere tragen zwar dazu bei, rentable Kredite zu beschneiden, sind aber nicht in der Lage, den Engpaß beim Umlaufkapital zu beseitigen.

¹⁴ Im folgenden, siehe World Bank (1991), S. 145 f.

¹⁵ Vgl. Corbo, Coricelli, Bossak (1991), S. 1-6.

4. Die neuen politisch-administrativen Funktionsträger müssen lernen, wie man makroökonomische Politiken formuliert und umsetzt,¹⁶ den öffentlichen Sektor beschneidet, die Privatisierung vorantreibt und ein Regelwerk für funktionsfähige Märkte etabliert.

5. Wo eine Tradition von Privateigentum und eigenverantwortlichem Wirtschaften fehlt, ist dies einer der wesentlichen Verzögerungsfaktoren. Es geht um Schaffung einer "kritischen Masse" von privaten Unternehmen, die die Ansätze in Richtung Marktwirtschaft mit Leben füllt.

6. In einigen osteuropäischen Ländern wird propagiert, Aktien an die Belegschaft zu verschenken. Bei einem starken Einfluß der Arbeiterschaft auf die Unternehmen kommt es erfahrungsgemäß jedoch weniger zu Effizienzsteigerungen als zu Lohnanhebungen. Vielfach stiegen Löhne und Preise, kaum aber die Produktion.

Der Wandel ist unabweislich, und der Weg ist relativ deutlich vorgezeichnet. Seine Umsetzung aber wird verzögert durch die sozialen Kosten des Übergangs. Diese sind aus den inneren Ressourcen der Reformländer nicht oder nur teilweise finanzierbar. Die Sozialprodukte schrumpfen, und der noch zumutbare weitere Konsumverzicht stößt an Grenzen.

Zugleich beobachten wir eine Wiederkehr des jahrhundertealten europäischen Zivilisationsgefälles: Von den ostmitteleuropäischen Ländern über die Balkanländer nach Rußland und bis hin zu den mittelasiatischen Republiken, die schon in der Vergangenheit ein innersowjetisches Dritte-Welt-Problem darstellten.¹⁷ Wir haben es - von der EG aus gesehen - also zu tun mit Ringen potentiell zunehmender sozialpolitischer Gefährdungen bis hin zum offenen Chaos.

¹⁶ Möller, Billerbeck, Heimpel, Hillebrand, Taake, Weiss (1980), S. 111 f.

¹⁷ Vgl. Halbach (1991), S. 275.

4. Der Sonderfall der ehemaligen DDR

4.1. Die Rolle der Treuhandanstalt

Die Umsteuerung der ehemaligen DDR erwies sich als extrem kostspielig. Hatte sie doch als zehntgrößtes Industrieland der Welt gegolten, bis nach dem Kollaps verdeckte Defizite schlagartig deutlich wurden: nicht nur eine stark veraltete Infrastruktur, sondern auch Industriebetriebe, die zum überwiegenden Teil technologisch so weit abgeschlagen waren, so daß es vielfach nicht mehr um Modernisierung, sondern um Stilllegung und Neuaufbau geht.

Die Aufgabe der Reprivatisierung der rund 32.400 Staatsbetriebe¹⁸ wurde der Treuhandanstalt übertragen, die noch vom ersten frei gewählten Parlament der DDR im Juni 1990 per Gesetz als Anstalt öffentlichen Rechts geschaffen wurde. Ihr Auftrag in der Präambel lautet, "die Wettbewerbsfähigkeit möglichst vieler Unternehmen herzustellen und somit Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen". Hier liegt offensichtlich ein Zielkonflikt vor¹⁹, der in der Praxis massiv aufgebrochen ist: Die meisten Betriebe sind personell weit überbesetzt, und ein Abbau der Arbeitsplätze um 50 bis zu 80 % ist vielfach Voraussetzung für die Herstellung internationaler Wettbewerbsfähigkeit.

Zwischenzeitlich sind Tausende von Betrieben an private Interessenten verkauft worden. Die neuen Eigentümer haben mehr als 70 Mrd DM für Investitionen und den Erhalt von Arbeitsplätzen zugesagt. Mehr als 750.000 Arbeitsplätze sind damit gesichert worden. Andererseits war der tatsächliche Freisetzungseffekt erheblich. So kam es beispielsweise in den Ostseewerften bereits zu einem Arbeitsplatzabbau von 55.000 auf 20.000 Beschäftigte. Eine weitere Halbierung auf 10.000 steht bevor. Das volle Ausmaß der Freisetzung wird der Öffentlichkeit erst in den letzten Monaten klar, weil zur Abfederung der sozialen Anpassung Arbeitsbeschaffungsprogramme und Umschulungsprogramme eingerichtet wurden. Dazu kamen erhebliche Anteile der Belegschaften, die bis vor kurzem auf Null

¹⁸ Maurer, Sander, Schmidt (1991), S. 53.

¹⁹ Vgl. ebenda, S. 46 f.

Arbeitsstunden gesetzt wurden, formell aber zunächst in den Betrieben blieben und damit nicht in der offiziellen Arbeitslosenstatistik erschienen.²⁰

4.2 Bisherige Erfahrungen

Die staatseigenen Betriebe wurden von der Treuhandanstalt in sechs Kategorien aufgeteilt: Die erste, kleinste und unproblematische war diejenige, die betriebswirtschaftliche Erträge erzielte. Die sechste, letzte Kategorie umfaßt die Betriebe, die hoffnungslos unwirtschaftlich sind und liquidiert werden müssen. Vier Kategorien bewegen sich im Zwischenfeld. Partiiell denkt man in der Treuhandanstalt daran, diese Betriebe zunächst zu sanieren, um sie für private Investoren attraktiv zu machen. Für die schwierigen Fälle großer ehemaliger Staatskombinate mit Zehntausenden von Beschäftigten wird in einigen politischen Lagern bereits die Idee staatlicher Holdinggesellschaften über einen Zeitraum von ein bis andert-halb Jahrzehnten diskutiert, um Industriestandorte aufrechtzu-erhalten und regionale Massenarbeitslosigkeit zu vermeiden.

Historisch ist die Aufgabe ohne Beispiel. Es galt, für Tausende von Unternehmen Geschäftsleitungen und Aufsichtsräte einzusetzen, die überwiegend aus Westdeutschland rekrutiert wurden - oft Ruheständler, die bereit waren, ihre Erfahrungen einzubringen. Vielfach sah man sich angesichts der knappen Personaldecke aber auch gezwungen, die alten Geschäftsleitun-gen zu halten. Die bisherigen Führungskader waren mit der betrieblichen Situation vertraut, aber vormals oft SED-Mitglieder. Zum Unwillen der Mitarbeiter gelang es somit dem alten Partei-Establishment oft, nach der Wende ihre Führungs-positionen zu behaupten.

²⁰ Stand März 1992: 1,29 Mio Arbeitslose; 518.000 Kurzarbei-ter, von denen die meisten ihren Arbeitsplatz verlieren werden; 399.000 in Arbeitsbeschaffungsprogrammen; 485.000 in Umschulungsprogrammen; 455.000 Bezieher von Altersüber-gangsgeld; zusammen 3.147.000. Jeder Sechste ist ohne Arbeit; die Arbeitslosenquote beträgt 15,9 % (im Westteil 6,1 %). Der Anteil der arbeitslosen Frauen liegt bei 62 %. Kaum mehr als die Hälfte der einst knapp zehn Mio Erwerbstätigen werden relativ krisenfesten Arbeitsplätze haben. Der ostdeutsche Arbeitsmarkt wird entlastet durch 450.000 Pendler nach Westdeutschland. Vgl. Fels (1992), S. 2.

Insgesamt beschäftigten die Unternehmen zu Beginn des Reprivatisierungsprozesses rund 4 Mio Menschen. Die Treuhandanstalt ist nach Verkauf der Hälfte der Unternehmen immer noch die größte Holding der Welt. Die Auflösung der alten Großkombinate in betriebswirtschaftlich-technisch sinnvolle Betriebseinheiten hat dazu geführt, daß deren Zahl stieg und die Treuhandanstalt es heute immer noch mit rund 10.000 Betriebseinheiten zu tun hat. Vom Gesamtvolumen her ist ein Drittel der Reprivatisierungsarbeit geleistet worden.

Die folgenden Erfahrungen sind auch für die Reprivatisierungsprozesse in den osteuropäischen Ländern von Interesse.

- Wie man dort von Fall zu Fall erlebte, war es auch in Ostdeutschland am leichtesten, den Bereich Handel, Kreditwirtschaft, freie Berufe, Tourismus, Hotel- und Gaststättengewerbe zu privatisieren. Dieser Bereich kann als abgeschlossen betrachtet werden.
- Weit fortgeschritten ist die Privatisierung des Energiebereichs: Hier handelt es sich um klare technologische Strukturen mit einer kalkulierbaren und wachsenden Stromnachfrage mit überschaubaren unternehmerischen Risiken.
- Gut vorangekommen ist die Privatisierung der Bauwirtschaft, die Ende 1992 abgeschlossen sein dürfte. Internationalen Erfahrungen folgend ist in den neuen Bundesländern die Baukonjunktur als erste angesprungen und zeitigt bereits erhebliche Beschäftigungseffekte.
- Befriedigend verläuft der Privatisierungsprozeß bei Nahrungs- und Genußmitteln. Bis Mitte 1992 waren die Bereiche Brauerei, Säfte, Teigwaren und Süßwaren in Privateigentum überführt. Vieles wurde alten Eigentümern zurückerstattet oder auch in Genossenschaftsform weitergeführt.
- Entsprechendes gilt für verarbeitete landwirtschaftliche Produkte, landwirtschaftliche Aufkaufgesellschaften, einschlägige Handelsbetriebe.

Die großen Probleme stellen sich dort, wo man sie am wenigsten erwartet hatte: im Bereich anspruchsvollerer technologischer Fertigungen. Während die alte DDR in konventionellen Industriezweigen technologisch noch einigermaßen mithalten konnte, verlor sie den Anschluß an höherwertige Technologien -

ungeachtet erheblicher Anstrengungen auf diesem Feld.²¹

- Noch relativ gut ist das technologische Niveau im Bereich der Elektromechanik und der Starkstromtechnik.
- Hingegen sind ehemalige DDR-Starbetriebe im High-Tech-Bereich (z.B. Computer-Hersteller) nicht zu halten. Für Außenstehende war dies vor der Wende nicht ohne weiteres erkennbar. Die Produkte gingen nach Osteuropa und wurden auf den dortigen Märkten als Spitzenerzeugnisse geschätzt. Sie liegen jedoch 12 bis 16 Jahre hinter der Technik Westeuropas, der USA, Japans, aber auch Koreas und Taiwans. Produziert wurden sie zum Dreieinhalbfachen der internationalen Kosten.
- Ähnliches gilt vielfach für die traditionsreiche Feinmechanik und Optik, die nur in Teilbereichen zu retten ist. So wurde ein großer Kamerahersteller mit 5.000 Beschäftigten stillgelegt, da er gegenüber der japanischen Konkurrenz viel zu teuer produzierte und in der Technologie der 30er und 40er Jahre steckengeblieben war.
- Große Probleme stellen sich auch für die Chemie, die vielfach einfache Grundstoffe an den Ostblock lieferte. Westliche Unternehmen produzieren Ähnliches preiswerter. Möglicherweise gelingt es im Bereich der Erdölderivate, einen Teil der industriellen Substanz traditioneller Industriestandorte zu halten. Gute Aussichten hat hingegen der Pharma-Sektor.
- Entsprechende Probleme gibt es im Stahlbereich, wo nach einer Umstrukturierung die Beschäftigungszahlen weit unter 50 % der früheren liegen werden.
- Riesige Probleme stellen sich in den Branchen Textil und Bekleidung. Von rund 280 Unternehmen wurden bislang nur ein Dutzend privatisiert. Weitere 20 bis 30 sind möglicherweise erhaltbar. Alle Unternehmen sind technologisch überaltert. Andererseits boten sie aber in manchen Regionen die einzigen industriellen Beschäftigungsmöglichkeiten. Kosten und Qualität sind international nicht wettbewerbsfähig. Maschinelle Ausstattungen und Gebäude sind meist 40 Jahre, oft aber auch 80 bis 100 Jahre alt.

Hier stellt sich die Stilllegungsproblematik der Gruppe 6. Sie führt verständlicherweise zu politischem Widerstand, dem sich die neuen Mandatsträger schwer entziehen können. Andererseits kostet die Treuhandanstalt jeder Tag der Subventionierung viele Millionen DM an Zuschüssen. In den nächsten Monaten sind hier tiefe Einschnitte zu erwarten. Erhebliche Arbeit machen auch die Gruppen 3 bis 5, wo es Chancen zur Umstrukturierung gibt, aber zunächst Sanierungen erfolgen müssen, bevor private

²¹ Vgl. Lechner (1990), S. 51.

Investoren interessiert werden können. Die Treuhandanstalt hat hier erhebliche Mittel eingesetzt.

Der soziale Konfliktstoff ist unübersehbar. Das soziale Netz der Gesamtrepublik hält das physische Lebensniveau für die neuen Bundesbürger noch erträglich, wenn auch elementare Aspekte der Selbstachtung wie Verlust des Arbeitsplatzes und schlagartige Entwertung bisher geschätzten Know-hows verarbeitet werden müssen.²²

Makroökonomisch stellen die immensen Finanzströme letztlich Investitionen in die Zukunft dar. Den neuen Bundesbürgern wird Geduld bei der Einkommensangleichung an westdeutsche Standards abverlangt. Der Angleichungsdruck auf dem Arbeitsmarkt ist indessen hoch, was bedeutet, daß die neuen Bundesländer ihre Lohnkostenvorteile für potentielle Investoren verlieren. Innerhalb der Treuhandanstalt schätzt man, daß die konkrete Abwicklung der Privatisierung noch etwa drei bis vier Jahre in Anspruch nehmen wird. Anschließend wird möglicherweise eine Restfunktion insbesondere im Bereich des Vertrags-Controlling weitergeführt, d.h. die Überwachung der Verträge und insbesondere der Selbstverpflichtungen der neuen Eigentümer in bezug auf Investitionen und Beschäftigung.

4.3 Ansatzpunkte einer vorläufigen Wertung

Wie nicht anders zu erwarten, entzündet sich bei einem derartig umfassenden Privatisierungsprozeß an vielem die Kritik. Dies beginnt bei handfesten Korruptionsskandalen. Auch Führungspositionen wurden oft noch von der alten DDR-Regierung besetzt. Partiell wurden Ermessensspielräume zugunsten alter SED-"Seilschaften" genutzt.

Ein anderer Vorwurf richtet sich gegen die Langsamkeit der Entscheidungsprozesse. Ihm steht die Kritik gegenüber, daß es vielfach auch zu schnell gehe, wenn Vermögensanlagen nicht hinreichend geprüft den Besitzer wechseln. Insider neigen zu der Auffassung, daß ein größeres Tempo wünschbar wäre, wobei

²² U.a. sank die Zahl der Eheschließungen zwischen 1990 und 1991 um 50,3 % (alte Bundesländer 2,8 %), die Zahl der Geburten um 38,8 % (alte Bundesländer 0,3 %).

dann allerdings geringere Verkaufserlöse für die Treuhandanstalt in Kauf genommen werden müßten.

Ein weiterer, für künftige osteuropäische Privatisierungsprozesse relevanter Aspekt sind die enormen Umwelt-Altlasten, mit denen die Treuhandanstalt oder die neuen Eigentümer auf den alten Industriegeländen konfrontiert sind.

5. Einige Folgerungen für Europa

Für den Reprivatisierungsprozeß ist keine deutlich bessere Alternative erkennbar. In der CSFR hat man die Lösung gewählt, den alten Firmenleitungen die Privatisierung zu übertragen. Naturgemäß verzögern diese aber den Prozeß: erfolgreiche Reprivatisierung bedeutet ja, daß sie ihre Posten verlieren.

Die Aufgabe ist gewaltig, und sie ist zunächst unterschätzt worden. Unterschätzt wurde das tatsächliche Ausmaß der materiellen Zerstörungen in der Substanz der Städte, der Infrastruktur, der produktiven Anlagen, aber auch das Weiterwirken vierzigjähriger sozialpsychologischer Konditionierungen. Unterschätzt wurde der Aufwand für den Aufbau elementarer Institutionen des Rechtsstaats, der Verwaltung, einer unabhängigen Justiz, eines differenzierten Bildungssystems.

Konsensus besteht darüber, daß es richtig war, eine kurzfristige historische Konstellation entschlossen zu nutzen - nach dem Zerfall der Sowjetunion wäre heute gar kein Gesprächspartner auf östlicher Seite mehr verfügbar.

Für den Westen Deutschlands kostet der Wiederaufbau viel Geld. Und er wird viel Zeit in Anspruch nehmen. Selbst wenn es gelänge, die Wirtschaftsleistung Ostdeutschlands jährlich um 10 % zu steigern, wird es mehr als ein Jahrzehnt brauchen, um das Produktivitätsgefälle gegenüber Westdeutschland einzuebennen. Für lange Zeiten sind erhebliche Transferleistungen von West nach Ost unumgänglich. Im letzten Jahr waren es rund 150 Mrd DM. Diese Größenordnung wird in den nächsten Jahren beibe-

halten werden oder sogar steigen.²³ Vielen westdeutschen Bürgern ist nicht klar, daß dies noch erhebliche Wohlstandseinbußen mit sich bringen wird.

Die Größenordnungen sind mit einem Mehrfachen multipliziert für Osteuropa fällig und letztlich von Westeuropa aufzubringen. Die Realität dieser Perspektive dürfte auch die Westeuropäer bislang kaum erreicht haben. Von September 1990 bis Ende Januar 1992 haben die westlichen Industriestaaten zusammen 63 Mrd ECU (= rd. 130 Mrd DM) für die Sowjetunion und ihre Nachfolgestaaten bereitgestellt, davon entfielen drei Viertel auf Europa²⁴. Ein spürbarer Modernisierungseffekt im produktiven Bereich kam jedoch nicht zustande. Zudem stellte sich das aus Drittweltländern bekannte Problem des "Mittelabflusses": 1990 wurden nur 11 % der für Polen, Ungarn, die CSFR, Bulgarien und Rumänien zugesagten Gelder tatsächlich ausgezahlt.²⁵

Die Reformansätze - etwa in Ungarn und Polen - kranken daran, daß die sozialen Anpassungskosten von außen nicht finanziert und die Reformmaßnahmen deshalb nicht entschlossen vorangetrieben werden: Die Regierungen befürchten - zu Recht - eine politische Explosion, wobei völlig unklar ist, welche Regierungsformen die derzeitigen ablösen könnten.

Es wird darum gehen, den Osten im Interesse des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Friedens in Gesamteuropa an den Westen heranzuführen. Die Charta von Paris für ein Neues Europa, die im November 1990 von den Staats- und Regierungschefs aller Mitgliedstaaten der KSZE unterzeichnet worden ist, zeichnet einen konstruktiven europäischen Weg vor: Die Verpflichtung zum Aufbau eines einheitlichen Europas in Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft.²⁶

²³ Vgl. auch Heilemann (1991), S. 134 f.

²⁴ In Mrd ECU: Bundesrepublik 35,9; übrige EG-Staaten 12,0; USA 4,1; Südkorea 2,2; Japan 2,0; Kanada 1,9; EFTA-Staaten 0,9; sonstige 4,2; zusammen 63,1; vgl. Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft (1982), S. 3.

²⁵ Ebd.

²⁶ Im militärischen Bereich legt dies eine Abrüstung der Territorialstreitkräfte auf das niedrigstmögliche Niveau nahe. Gleichzeitig zeichnet sich die Sinnhaftigkeit einer gesamt-europäische Eingreiftruppe für Krisensituationen ab.

Jede Politik muß unwiderruflich gesamteuropäisch angelegt sein. Sicherheit für Europa gibt es nur mit den osteuropäischen Staaten, Rußland, der Ukraine und längerfristig nicht ohne die mittelasiatischen Republiken, nicht ohne oder gar gegen sie. Dem Osten Europas muß eine glaubwürdige europäische Perspektive angeboten werden, d.h. in ökonomischer Hinsicht die schrittweise Verknüpfung mit der Europäischen Gemeinschaft bzw. dem neu vereinbarten Europäischen Wirtschaftsraum²⁷.

Dabei wird es wichtig sein, der nationalen und regionalen Vielfalt des größeren Europas gemäßige Organisationsformen zu schaffen: Föderalismus auf allen nur möglichen Stufen, um Hegemonialgelüsten größerer Völker entgegenzuwirken und die Diskriminierung kleinerer zu vermeiden, also auch eine Teilung der Macht, um ihrem Mißbrauch vorzubeugen.

Das ideologische Vakuum nach Ende des Kommunismus wird derzeit mit der Wiederkehr von Werten wie der Nation und der Religion aufgefüllt. Diese Rückwendung in das "Eigene" müssen wir wohl aushalten, wiewohl das jugoslawische Beispiel schreckt.

Kein Gedanke an die "Neue Weltordnung",²⁸ die "Friedensdividende", "das Ende der Geschichte".²⁹ Statt dessen neue Unsicherheiten, das Ende verlässlicher Koordinaten nach der Ära des Kalten Krieges, und viele offene Fragen - Fragen vor allem an die Europäische Gemeinschaft, die auch von der Vorstellung Abschied nehmen muß, daß sie der neuen Situation relativ einfach die Strukturen der alten West-EG wird überstülpen und die bisherige Atlantische Allianz einfach nach Osten erweitern können. Die Zukunft fordert uns ab, Politiken für ein sehr viel größeres Europa in einer vollkommen neuen Lage zu entwerfen.

²⁷ Vgl. van Scherpenberg (1991), S. 710. Am 22.10.1991 wurde der Vertrag zwischen elf EG-Staaten und sieben EFTA-Staaten (Finnland, Island, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, Liechtenstein) unterzeichnet, der zugleich mit der Vollen- dung des EG-Binnenmarktes zum 1. Januar 1993 in Kraft tre- ten soll.

²⁸ Vgl. Schröder (1992), S. 119 f.

²⁹ Vgl. Fukuyama (1992).

Literatur

- Corbo, V., Coricelli, F., Bossak, J. (Eds.), Reforming Central and Eastern European Economies, Initial Results and Challenges, Washington D.C. 1991.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Die CSFR auf dem Weg zur Marktwirtschaft, Wochenbericht 22 (1992).
- Dhanji, F., Transformation Programs: Content and Sequencing, in: American Economic Review, Papers and Proceedings, May 1991.
- Donges, J.B., Engels, W., Hamm, W., Möschel, W., Sievert, O., Zur Wirtschaftsreform in Osteuropa, Bad Homburg 1992.
- Dyba, K., Sevžnar, J., Economic Developments and Prospects in Czechoslovakia, Yugoslavia, and Germany, in: American Economic Review, Papers and Proceedings, May 1991.
- Fels, G., Der Weg in die Wirklichkeit, in: Informationsdienst des Instituts der Deutschen Wirtschaft, H. 1 (1992).
- Fukuyama, F., Das Ende der Geschichte, München 1992.
- Geiss, I., Europa 1991, in: Europa-Archiv 23 (1991).
- Götz, R., Zur Lebensfähigkeit der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), in: Europa Archiv 4 (1992).
- Halbach, U., Materielle Krise, Islam und Nation in Sowjetisch-Zentralasien, in: Vierteljahresberichte 125 (1991).
- Heilemann, U., The Economics of German Unification - a First Appraisal, in: Konjunkturpolitik 37 (1991).
- Hölscher, J., Jacobsen, A., Tomann, H., Integration und Entwicklung: Die Lehren der deutschen Vereinigung für Osteuropa, in: Andreas Westphal (Hrsg.), Wirtschaftspolitische Konsequenzen der deutschen Vereinigung, Frankfurt/Main, New York 1991.
- Hummer, W., Hipold, P., Die Jugoslawien-Krise als ethnischer Konflikt, in: Europa Archiv 4 (1992).
- Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft 10 (1982).
- Ingold, F. Ph., Erfolg ist kriminell, in: Manager Magazin 3 (1992).
- Kosta, J., CSFR: Die Transformation des Wirtschaftssystems: Konzepte, Probleme, Aussichten, in: Vierteljahresberichte 125 (1991).
- Lechner, H., Sozialismus, soziale Marktwirtschaft, soziale Errungenschaften, in: Hans-Joachim Veen, Peter R. Weilemann (Hrsg.), Errungenschaften und Legenden. Runder Tisch, Willkürherrschaft und Kommandowirtschaft im DDR-Sozialismus, St. Augustin 1990.
- Maurer, R., Sander, B., Schmidt, K.-D., Privatisierung in Ostdeutschland - Zur Arbeit der Treuhandanstalt, in: Die Weltwirtschaft 1 (1991).
- Möller, A., Billerbeck, K., Heimpel, Ch., Hillebrand, W., Taake, H.-H., Weiss, D., Proposals for the Solution of the Most Important Structural, Economic and Financial Problems of the Arab Republic of Egypt. Report to the President of the Arab Republic of Egypt Anwar El Sadat. German Development Institute, Berlin 1980.
- van Scherpenberg, J., Der Vertrag über den Europäischen Wirtschaftsraum (ERW), in: Europa-Archiv 24 (1991).
- Segbers, K., Das schwierige Erbe der Sowjetunion, in: Europa-Archiv 23 (1991).

- Short, N.C., Perestroika and Industrial Reform: Lessons from Hungary's New Economic Mechanism, in: Coexistence, Vol. 27, No. 1 (1990).
- Schröder, H.-J., Amerika als Modell. Die neue Weltordnung in historischer Perspektive, in: Europa-Archiv Folge 5 (1992), S. 119 f.
- Svejnar, J., A Framework for the Economic Transformation of Czechoslovakia, in: Eastern European Economics, Vol. 29, No. 2 (1990-91).
- Weiss, D., Introducing Market Elements into a Socialist Economy - The Experience of Eastern Europe and the People's Republic of China, in: L'Egypte Contemporaine 415/416 (1989).
- , Möglichkeiten einer Kooperation mit den islamischen Ländern zur Nutzung der Sonnenenergie, in: Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Jahrbuch 1989 (1990).
- World Bank, World Development Report 1991, The Challenge of Development, Washington D.C. 1991.

Freie Universität Berlin
Fachbereich Wirtschaftswissenschaft
Fachgebiet Volkswirtschaft des Vorderen Orients
Boltzmannstrasse 20
14195 Berlin

Diskussionspapiere

ISSN 0942-3052

Bisher erschienen:

(Die mit * gekennzeichneten Nummern sind nicht über Das Arabische Buch zu beziehen, sondern unter der angegebenen Quelle erschienen)

- Nr.1 Ulrike Schultz: Die Last der Arbeit und der Traum vom Reichtum. Frauengruppen in Kenia zwischen gegenseitiger Hilfe und betriebswirtschaftlichem Kalkül. 1990. (10,- DM)
- Nr.2* Marin Trenk: "Dein Reichtum ist dein Ruin". Afrikanische Unternehmer und wirtschaftliche Entwicklung. Ergebnisse und Perspektiven der Unternehmerforschung. 1990. [erschieden in: *Anthropos* 86.1991]
- Nr.3 Jochen Böhmer: Sozio-kulturelle Bedingungen ökonomischen Handelns in der Türkei. 1990. (10,- DM)
- Nr.4* Gitta Walchner: Indiens Elektronikpolitik und die Exportpotentiale der Computerindustrie im Software-Bereich. 1990. [erschieden in: *Internationales Asienforum* 22.1991]
- Nr.5* Dieter Weiss: Internationale Unterstützung des Reformprozesses in Entwicklungsländern durch Auftragspolitik und Politikdialog? Probleme politischer Konditionalität am Beispiel Afrikas. 1990. [erschieden in: H. Sautter (Hg.), *Wirtschaftspolitische Reformen in Entwicklungsländern*, Berlin 1991]
- Nr.6 Dorothea Kübler: Moralökonomie versus Mikroökonomie. Zwei Erklärungsansätze bäuerlichen Wirtschaftens im Vergleich. 1990. (16,80 DM)
- Nr.7 Jochen Böhmer: Die Verschuldungskrise in Schwarzafrika. Ausmaß, Ursachen und Ansatzpunkte für eine Lösung. 1990. (6,80 DM)
- Nr.8* Manuel Schiffler: Überlebensökonomie, Wohnungsbau und informelle Kredite in einem tunesischen Armenviertel. 1990. [erschieden im *ORIENT* 33, H. 1. 1992]
- Nr.9 Fritz Roßkopf: Die Entwicklung des Steuersystems im Iran nach der Revolution von 1979. 1991. (15,80 DM)
- Nr.10 Barbara Igel: Die Überlebensökonomie der Slumbewohner in Bangkok. 1991. (15,80 DM)
- Nr.11* und Nr.12* Dirk Steinwand: Sicherheit und Vertrauen. Informelle Kreditbeziehungen und ländliche Verschuldung in Thailand. Teil 1: Ursachen, Formen, Ausmaß. Teil 2: Eine Fallstudie aus Chachoengsao. 1991. [erschieden als: D. Steinwand, *Sicherheit und Vertrauen*, Saarbrücken/Fort Lauderdale 1991]
- Nr.13* Dieter Weiss: Zur Transformation von Wirtschaftssystemen. Institutionelle Aspekte der Selbstblockierung von Reformpolitiken: Fallstudie Ägypten. 1991. [erschieden in: *Konjunkturpolitik* 38.1992]
- Nr.14 Christoph David Weinmann: The Making of Wooden Furniture in Mozambique: A Short Overview of the Industry Based on Observations in Mid 1989. 1991. (10,- DM)
- Nr.15 Armin Liebchen: Überlebensstrategien eines kleinbäuerlichen Dorfes der Bariba am Rande der Sahelzone im Norden Benins. 1991. (28,- DM)
- Nr.16 Marin Trenk und Elsaied Nour: Geld, Güter und Gaben. Informelle Spar- und Kreditformen in einem Dorf im Nil-Delta. 1992. (9,80 DM)
- Nr.17 Dieter Weiss: Zur ökonomischen Transformation der ehemaligen COMECON-Länder. 1992. (8,80 DM)
- Nr.18 Steffen Wippel: Transformation du système économique et investissements directs allemands en Égypte. 1992. (7,80 DM)
- Nr.19 Günther Taube. Festung Europa oder ein offenes europäisches Haus? 1992. (9,80 DM)
- Nr.20* Bei fremden Freunden. Erfahrungen aus studentischer Feldforschung. 1992. [als Buch im LIT-Verlag erschienen]
- Nr.21 Dieter Weiss: Structural Adjustment Programs in the Middle East. The Impact of Value Patterns and Social Norms. 1992. (10,80 DM)
- Nr.22 Dieter Weiss: Economic Transition from Socialism to Market-Friendly Regimes in Arab Countries from the Perspective of Ibn Khaldun. 1993. (10,80 DM)

Zu beziehen über Das Arabische Buch, Knesebeckstrasse 16, 10623 Berlin.

- Nr.23 Koko N'Diabi Affo-Tenin: "Susu"-Sparen und Fliegende Bankiers. Finanzielle Selbsthilfegruppen von Händlerinnen und Bäuerinnen bei den Bariba in Togo. 1993. (15,80 DM)
- Nr.24 Christina Wildenauer: Von Geistern, Gold, und Geldverleihern. Der informelle Finanzsektor Südsudans und Ansätze zu dessen Einbindung in den formellen Finanzsektor. 1993. (14,80 DM)
- Nr.25 Thama-ini Kinyanjui: "Eating" Project Money. Rural Self-help Projects in Kenya as an Arena of Strategic Groups. 1993. (14,80 DM)
- Nr.26 Dieter Weiss: Entwicklung als Wettbewerb von Kulturen. Betrachtungen zum Nahen und zum Fernen Osten. 1993. (9,80 DM)

Zu beziehen über Das Arabische Buch, Knesebeckstrasse 16, 10623 Berlin.